

Über- und außerplanmäßige Personalaufwendungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 10.02.2026

Jahr	Org.-Einheit	Sachverhalt / Erläuterung (kurz)	Aufgaben-gebiet	(beabsichtigte) Stellenbewertung	Einsatz ab wann?	Anzahl der Monate Nachbewilligung	Anzahl VZÄ	Pol. Beschluss	Sachliche Unabweisbarkeit / gesetzliche Verpflichtung	Zeitliche Unabweisbarkeit	Verstetigung im nächsten Stellenplan angestrebt?	Sach-konto	Ansatz lt. HHplan	zusätzlicher Personalaufwand (Nachbewill.)	Refinanzierung durch	Refinanzierungsbetrag	PSP-Element	Sach- und Gemeinkosten nach KGSt	Datum der Zustimmung
2025	370.02	Das Amt 370 beantragt die üpl. Bereitstellung eines nach durchgeführter Org.-Untersuchung mit Bericht vom 27.01.2025 empfohlenen Mehrstellenanteils, der mit eigenem Deckungsvorschlag aufgestockt werden soll.	Sachbearbeiter/ in Personal und Finanzen	A10	01.11.2025	2	0,20		Bedarfsfeststellung gem. Org.-Untersuchung	Eine zeitnahe Besetzung ist gem. Bedarfsfeststellung zur Bewältigung des Mehraufwandes und zur org. Absicherung der bereits zum 01.04.25 erfolgten Umorganisation erforderlich.	ja	50110000	359.867 €	2.000 €	Mehrerträge Gebühren Rettungsdienst	2.000 €	11.02.17.01.0001 (Rettungstransportwagen)	3.617 €	17.07.2025
2026					01.01.2026	12	0,20					50110000	365.148 €	12.000 €		12.000 €		21.700 €	
2025	510.24	Das Amt 510 beantragt die Bereitstellung von 2,0 VZÄ zur Bearbeitung von Anträgen auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.	SB Unterhaltsvorschuss	A8	01.09.2025	4	1,0		Die Aufgaben dienen der Erledigung einer Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung aufgrund eines Bundesgesetzes.	Die Gewährung der Leistung dient der Sicherung des Lebensunterhalts von alleinerziehenden Elternteilen.	ja	50110000	882.331 €	15.000 €	Erhöhung des voraussichtlichen Jahresfehlbetrages	0 €		6.233 €	05.08.2025
2026					01.01.2026	12	1,0					50110000	895.281 €	45.000 €		0 €		18.700 €	
2025	510.333	Das Amt 510 beantragt die Bereitstellung von 0,8 VZÄ zur Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des Landeskinderschutzes und des SGB VIII (gesetzliche Verpflichtung zur Sicherstellung des Kinderschutzes und zur Beratung von Personen und Institutionen außerhalb der Stadtverwaltung)	Sozialarbeit Kinderschutz	S15	01.10.2025	3	0,8		Die Aufgaben dienen der Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Sicherstellung des Kinderschutzes gem. § 8a SGB VIII	Der Kinderschutz ist verlässlich sicherzustellen; Bevölkerung und Fachkräfte anderer Einrichtungen und Institutionen haben einen Anspruch auf Beratung. Dieser ist bei Anhaltspunkten für eine Gefährdung zeitnah sicher zu stellen.	ja	50120000	1.297.161 €	12.000 €	Mehrerträge bei den Landesmitteln aus dem Belastungsausgleich Landeskinderschutzgesetz	12.000 €	11.06.02.03.0004.01 (Hilfen in Einrichtungen)	5.425 €	15.08.2025
2026					01.01.2026	12	0,8					50120000	1.322.989 €	48.000 €		48.000 €		21.700 €	
2025	510.25	Das Amt 510 beantragt die Bereitstellung von 1,0 VZÄ für die Sachbearbeitung Elterngeld.	SB Bundeseltern-geld	A8	01.08.2025	5	1,0		Die Aufgaben sind Auftragsangelegenheit kraft Bundesrecht und dienen der Sicherstellung des Lebensunterhalts junger Eltern.	Die frühzeitige Kenntnis über die Höhe der Einkünfte und deren Auszahlung nach Auslaufen des Mutterschaftsgeldes vermeidet Versorgungslücken junger Familien in Bielefeld.	ja	50110000	897.331 €	18.750 €	Mehrerträge beim Belastungsausgleich des Landes	18.750 €	11.06.02.05 (Elterngeld)	7.792 €	03.09.2025
2026					01.01.2026	12	1,0					50110000	940.281 €	45.000 €		45.000 €		18.700 €	
2025	540	Das Büro für Sozialplanung erhält eine Projektförderung für eine 1,0 VZÄ Stelle Case Management im Bereich Streetwork. 90 % werden durch Fördermittel gedeckt, 10% Eigenmittel sind zu erbringen. Da die Förderung neben den Personalkosten eine 20%ige Restkostenpauschle enthält, wird der 10%ige Eigenanteil kompensiert. Beantragt wird die Besetzung einer 30 Wochenstundenkraft für 6 Monate.	Case Management Streetwork	S12	01.09.2025	4	0,8		Die Ausweitung der Streetwork ist durch die zugespitzte Lage auf der Straße notwendig.	Es liegen bewilligte kostendeckende Fördermittel für die Personalkosten vor. Der Projektstart ist auf den 01.09.2025 festgelegt.	Nein	50110000	1.186.974 €	16.000 €	ESF-Förderung: "Endlich ein ZUHAUSE!" (Baustein Sucht)	16.000 €	11.01.31.02.0041 (Projektmanagement Endlich ein Zuhause)	7.233 €	04.09.2025
2026					01.01.2026	2	0,8					50110000	1.146.180 €	8.000 €		8.000 €		3.617 €	

Über- und außerplanmäßige Personalaufwendungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 10.02.2026

2025	370.01	Das Amt 370 benötigt die üpl. Bereitstellung eines 1,0 Stellenanteils für die Bearbeitung der Zivilen Alarmplanung	Sachbearbeiter/ in Bevölkerungsschutz, Zivile Alarmplanung	A11	01.11.2025	2	1,0		pflichtige Wahrnehmung als Bundesauftragsangelegenheit	Zeitvorgabe durch Bund und Land NRW: Beginn 01.07.2025, Fertigstellung bis 31.12.2026	Bei der ZAPI handelt es sich um eine Daueraufgabe. Der lfd. Personalbedarf nach der Aufbauphase ist noch nicht absehbar und zu einem späteren Zeitpunkt zu prüfen.	50110000	359.867 €	10.000 €	Erhöhung des voraussichtlichen Jahresfehlbetrages	0 €		3.617 €	08.10.2025				
												01.01.2026	12	1,0		50110000		365.148 €		60.000 €	0 €	21.700 €	
2026																							
2025	170.1	Das Amt 170 beantragt die Bereitstellung von 0,5 VZÄ, die vorgesehen sind für Aufgaben in Zusammenhang mit der neuen KI-Grundförderung und durch das Land im Rahmen einer Vollfinanzierung refinanziert würden.	Sachbearbeiter/ in Koordination Teilhabe- und Demokratie, Präventionsmaßnahmen	E11	01.11.2025	2	0,5	Die Mehrstelle ist aufgrund der neuen Landesrichtlinie vom 03.04.2025, der BASS 12-21 Nr. 18 sowie § 8 Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW sachlich unabweisbar. Sie ist erforderlich, um die darin festgelegten integrationsstrategischen, demokratie- und präventionsorientierten Aufgaben rechtskonform und fachlich wirksam umzusetzen und die möglichen Landesmittel voll auszuschöpfen.	Umsetzung der neuen Richtlinie und der zugehörigen Maßnahmen haben unmittelbar begonnen. Förder- sowie Berichtspflichten sind fristgerecht zu erfüllen. Eine spätere Einrichtung würde den Verlust von Landesmitteln und die Verzögerung zentraler integrations- und bildungspolitischer Prozesse nach sich ziehen.	Ja	50120000	892.773 €	5.000 €	Mehrerträge bei den Landesmitteln sowie Minderaufwendungen für sonstige Beschäftigte	5.000 €	11.01.27.06 (Kommunales Integrationszentrum)	3.617 €	13.11.2025					
												01.01.2026	12		0,5		50120000		910.498 €	30.000 €	30.000 €	21.700 €	
2026																							
2025	540	Mit dem Förderprogramm „Koordination und Vernetzung von gemeindepsychiatrischen Angeboten“ besteht die Möglichkeit, die Koordinierungsstelle für den Gemeindepsychiatrischen Verbund im Durchführungszeitraum vom 01.01.2026 bis zum 31.12.2026 ein weiteres Jahr zu finanzieren (ohne Eigenanteil!).	Sachbearbeiter/ in Inklusionsplanung / Psychiatriekoordination	E11				Der GPV Bielefeld e. V. verfolgt das Ziel, die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in Bielefeld nachhaltig zu verbessern, indem er gemeindepsychiatrische Angebote koordiniert und vernetzt. Dabei arbeitet der GPV partnerschaftlich mit der Stadt Bielefeld zusammen, die Mitglied des GPV Bielefeld ist. Die Stadt Bielefeld beabsichtigt, sich auf die Weiterführung der Förderstelle zur Koordination des GPV e. V. zu bewerben, um die erfolgreiche Arbeit zu verstetigen und den weiterhin bestehenden Bedarf an koordinierter gemeindepsychiatrischer Versorgung zu decken.	Die Personalkosten 2026 können vollständig aus den Fördermitteln für das Projekt gedeckt werden.	Nein	50120000			Mehrerträge vom Land	0 €	11.01.31.02 (Verankerung GPV in NRW)		11.11.2025					
												01.01.2026	12		1,0					1.047.780 €	60.000 €	60.000 €	21.700 €
2026																							

Über- und außerplanmäßige Personalaufwendungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 10.02.2026

2025																			
	500.43	Das Amt das 500 beantragt aufgrund des zwischenzeitlich eingegangenen Zuwendungsbescheids für das ESF-Projekt „Bekämpfung von Wohnungslosigkeit im Rahmen der Landesinitiative “Endlich ein ZUHAUSE“ die Verlängerung der kw-Vermerke an den Stellen 500 43 290 SB Projekt „Zukunft schaffen durch Wohnen“, kw 2026 und 500 43 295 SB Projekt „Zukunft schaffen durch Wohnen“, kw 2026.	Sachbearbeitung Projekt "Zukunft schaffen durch Wohnen"	S12	01.01.2026	12	2,0	VV-Beschluss 12.08.2025	Aufgrund stark gestiegener Obdachlosenzahlen ist die Fortführung des Projekts zur Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgabe zwingend erforderlich und fachlich nicht ersetzbar.	Der bewilligte ESF-Förderzeitraum bis Ende 2027 erfordert eine sofortige Verlängerung; Verzögerungen würden Fördermittel und Projektkontinuität gefährden.	Ja	50120000	1.796.197 €	120.000 €	Mehrerträge bei den Landesmitteln sowie Minderaufwendungen bei sonst. Aufw. Inanspr. V. Rechten	0 €	11.05.03.04 (Hilfen für Einheimische und Aussiedler)	43.400 €	11.11.2025
2026																			
2025					01.12.2025	1	0,8					50120000	2.443.076 €	3.000 €		3.000 €		6.233 €	
	150.4	Aufgrund von gestiegenen Rückführungszahlen in NRW können die Zentralen Ausländerbehörden aktuell nicht alle Transportersuchen übernehmen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat durch das MKJFGFI angeregt, dass pensionierte Polizeivollzugsbeamte eingestellt werden können, um weitere Fahrten in diesem Bereich zu übernehmen. Über das Innenministerium wurden pensionierte Polizisten über diese Möglichkeit informiert. Vier entsprechende Pensionäre haben sich gemeldet. Die Personalaufwendungen werden vollständig durch das Land refinanziert und sind somit für die Stadt Bielefeld kostenneutral.	Sachbearbeitung Außendienst	E8	01.01.2026	12	0,8		Die gestiegenen Rückführungszahlen in NRW führen dazu, dass die ZABen nicht alle Transportersuchen übernehmen können. Zur Sicherstellung der Durchführung freiwilliger Ausreisen und zwangsweiser Rückführungen ist eine zusätzliche personelle Unterstützung zwingend erforderlich.	Eine kurzfristige Entlastung ist notwendig, um Verzögerungen in laufenden Verfahren zu vermeiden. Die Einstellung pensionierter Polizeibeamter ermöglicht eine sofortige Einsatzfähigkeit.	Nein	50120000	2.491.721 €	36.000 €	Mehrerträge bei Kosten-erstattung durch das Land NRW	36.000 €	11.02.29.01 (Zentrale Ausländer-behörde)	74.800 €	25.11.2025
2026																			
												Personal-aufwand	545.750 €	Refinan-zierung	415.750 €				